

## Keine Hilfe für Zonenbevölkerung

### SED: Sowjetgelder nur für Fünfjahrplan-Ziele

In einer Ministerratserklärung hat die SED jetzt den Verwendungszweck der ihr von den Sowjets zur Verfügung gestellten Kredite erläutert und damit alle jene ihrer Illusionen beraubt, die von der Sowjethilfe eine direkte Besserung des Lebensstandards in der Zone erwarteten. Wie Grotewohl und Industrieminister Selbmann erklärten, sei die SED durch die Moskauer Hilfe nunmehr in die Lage versetzt, den „Aufbau des Sozialismus“ in der Zone zu realisieren und sich damit eine bessere Basis bei Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu schaffen. Zur Wiedervereinigung selbst erklärte Grotewohl, diese sei nunmehr nur noch bei Übernahme der SED-„Errungenschaften“ durch die Bundesrepublik zu verwirklichen.

Für viele Menschen in der Zone wird diese SED-Erklärung eine harte Enttäuschung bedeuten. Man hatte allgemein gehofft, daß die SED die Moskauer Kredite für eine unmittelbare Hebung des Lebensstandards verwenden würde. Die Erklärungen einiger Regierungsmitglieder, wie z. B. Otto Nuschkes, hatten diese Annahme noch verstärkt.

Die Aufhebung der Rationierung, verstärkte Lebensmittelimporte aus dem Westen sowie eine Vermehrung und Verbilligung des Angebotes an Konsumgütern wurden insgeheim erwartet. Und jetzt?

Die Sowjets hatten mit ihren Hilfsmaßnahmen zweifellos die Absicht verfolgt, ihre westlichste Position in Europa wirtschaftlich und politisch zu stärken. Grotewohl selbst erklärte, man wolle die Zone „attraktiv“ machen für den Westen. Die SED verfolgt noch immer die Politik der „wirtschaftlichen Überflügelung Westdeutschlands“, die ihr so viele politische und wirtschaftliche Niederlagen eingetragen hat. Dabei geht die SED von einem grundsätzlichen Denkfehler aus: Sie will die industrielle Basis der Sowjetzone im Rahmen der Fünfjahrpläne soweit verstärken, daß sie mit dem Westen wirtschaftlich konkurrieren kann. Sie vergißt aber, daß ihre

„Ausstrahlungstheorie“ nur dann eine Wirkung haben könnte, wenn der Lebensstandard der Normalbevölkerung dem der Bundesrepublik angeglichen werden kann. Die Menschen, die in den letzten Jahren mitunter ohne direkte politische Verfolgung die Zone verlassen haben und die sich die SED heute zurückzuholen bemüht, haben dies nicht getan, weil die Sowjetzone weniger attraktive Industrieanlagen als die Bundesrepublik besitzt, sondern weil es ihnen in der Zone an den geringsten Erfordernissen eines normalen Lebensstandards fehlte.

In völliger Verkennung dieser Tatsachen gab Selbmann in der vergangenen Woche zu verstehen, daß die Zonenregierung sowohl die Sowjethilfe als auch die durch den Abbau der Armee und die Minderung der Besatzungslasten freiwerdenden Gelder in das alte Ulbrichtsche Projekt vom „Aufbau des Sozialismus“ investieren werde. Damit sei natürlich eine Hebung des Lebensstandards verbunden. Es fragt sich eben nur, ob die Bevölkerung weiter warten will, bis die SED ihren „Sozialismus“ auf Kosten der Bevölkerung aufgebaut hat, um zu irgendeiner imaginären Zeit einmal davon zu profitieren.

Alle Erklärungen deuten darauf hin, daß die SED mit den

ihr jetzt gegebenen Möglichkeiten lediglich ihre eigene Machtposition stärken will, ohne an die echten Bedürfnisse der Bevölkerung zu denken. Aus Grotewohls Erklärung geht deutlich hervor, daß der SED ein industrielles Wettrennen mit der Bundesrepublik wichtiger erscheint als die Möglichkeit, die Lebensbedingungen in der Zone wenigstens annähernd an jene in der Bundesrepublik heranzuführen. Wer heute behauptet, die Wiedervereinigung könne nur bei Übernahme der „sozialistischen Errungenschaften“ der Sowjetzone erfolgen, kann nicht den Anspruch erheben, den Gedanken einer Wiedervereinigung ernsthaft zu erwägen. Und wer angesichts der tatsächlichen Lage der Zonenbevölkerung die einmalige Chance größerer Staatskredite aus dem eigenen Lager für neuerliche „sozialistische“ Experimente nach dem Ulbrichtschen „Lehrbuch der Ökonomie“ verspielt, der darf nicht hoffen, daß ihn die Bevölkerung bei solchen Experimenten unterstützt.

Die SED hat bereits in den letzten Tagen auf vielen Parteiversammlungen zu derartigen Argumenten Stellung nehmen müssen und dabei beispielsweise erklärt, die Forderung nach Aufhebung der Rationierung auf Grund der Sowjethilfe sei ein Argument „westlicher Agentenzentralen“. Es liegt an der Bevölkerung selbst, der SED zu beweisen, daß eine solche Forderung aus den Dörfern und Städten der Zone kommt, wo die Menschen nicht einzusehen vermögen, warum jenes Geld, das sie eines Tages durch ihrer Hände Arbeit wieder zurückzahlen müssen, der SED für neue, verhängnisvolle Experimente unbestritten überlassen werden soll.



## Außenpolitik im US-Wahlkampf

DT. Der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf hat nunmehr mit voller Kraft und Schärfe eingesetzt, obwohl uns noch einige Wochen von den beiden großen Parteitagungen trennen, die das Wahlprogramm und die beiden großen Kandidaten der Parteien bestimmen. Bei den Republikanern ist mit der Kandidatur Eisenhowers die Entscheidung vorweggenommen worden. Auf ihrem Parteitag in San Francisco in der dritten Augustwoche wird es aber vielleicht aber noch um die Kandidatur des Vizepräsidenten zu einem harten Ringen kommen, falls es vorher nicht doch noch gelingt, sich auf Richard Nixon zu einigen, gegen den Eisenhowers Abrüstungsspezialist Harold Stassen überraschend eine starke Opposition entfesselt hat. Diese interne republikanische Auseinandersetzung versuchen die Demokraten natürlich für sich auszunutzen.

Republikanische Parteifunktionäre machen keinen Hehl daraus, daß sie im Wahlfeldzug mehr auf die populäre Person des Präsidenten als auf sachliche Diskussion aktueller oder grundsätzlicher Sachfragen Wert legen und vertrauen. Im Grunde machen sie dabei aus der Not eine Tugend, denn in Sachfragen, namentlich in der Außenpolitik, ist ja die republikanische Partei zutiefst zwischen Eisenhowers international denkendem und gemäßigt progressivem Flügel einerseits und den Isolationisten, McCarthy-Extremisten und Tschang-Kai-Schek-isten um Senator Knowland gespalten — und jede Sachdebatte könnte die Differenzen zutage treten und die Schlagkraft der Partei schwächen lassen.

Das Schlagwort Eisenhowers „Frieden und Wohlstand“ ist im Wahlkampf kaum zu schlagen. Der Präsident und seine Propagandisten können mit Recht darauf hinweisen, daß unter Eisenhower den Kriegen in Korea und Vietnam ein Ende gemacht wurde, daß die Formosakrise besänftigt werden konnte,

Österreich von den russischen Truppen geräumt und der alte Streit um Triest gelöst werden konnte; SEATO, das asiatische Gegenstück zur NATO in Europa, trat in Kraft, das Rüstungswettrennen hat sich verlangsamt und die Spannungen des kalten Krieges haben zwar keinem idealen Friedenszustand, wohl aber doch einer spürbaren Lockerung der internationalen Atmosphäre Platz gemacht.

Wohl weiß jedermann, daß die Hauptursache dieser Entwicklung der Tod Stalins und die darauf folgenden inneren Entwicklungen in der kommunistischen Welt waren, also nicht direkt Eisenhowers oder gar Dulles Verdienst; aber als außenpolitischer Tätigkeitsbericht ist das dennoch einigermaßen eindrucksvoll. Nimmt man das innenpolitische Schlagwort des „Wohlstandes“ dazu, das ja trotz Nachlassen der vorjährigen Hochkonjunktur immer noch zutrifft, dann hat man im Grunde bereits eine Wahlparole, die sich sehen läßt.

Eisenhower, Vizepräsident Nixon und Außenminister Dulles haben diese Grundelemente der Wahlparole in verschiedenen Reden näher präzisiert. Vielleicht ist das entscheidende Kennzeichen ihrer außenpolitischen Linie ihr geradezu erfrischender Optimismus: der Kommunismus, so betonen sie immer wieder, habe sich als totaler Fehlschlag erwiesen, und weil ihm die internationale Initiative aus den Händen gerissen sei, habe er notgedrungen seine Taktiken ändern und das lächelnde Antlitz der Koexistenz und der Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder aufsetzen müssen. Es genüge also, die bisherige bewährte Politik fortzusetzen.

Selbstverständlich wird diese optimistische Beurteilung der Weltlage nicht von allen Amerikanern geteilt. Vor allem nicht von den kritischen Sprechern der Demokratischen Opposition, die im Gegenteil pessimistisch sind. Amerika habe in den letzten Jahren seine Führungsrolle in der freien Welt eingebüßt, es habe Freunde und Einfluß verloren, und das starre Festhalten an einer Politik, die zur Zeit des Koreakrieges richtig war, habe sich keineswegs durchweg be-

währt... Die Kritiker aus der Opposition weisen außerdem auf das Durcheinander hin, das die Haltung der Regierung zu den neutralen und neutralistischen Staaten darstellt: heute lobt Eisenhower die Neutralen Asiens, morgen verurteilt Dulles sie als „unmoralisch“, übermorgen nimmt er es zurück — und wieder einen Tag später greift Nixon seinerseits die Neutralisten in Indien, Burma und Indonesien an.

Es ist also weniger die Starrheit der Regierung und ihr Mangel an Elastizität zu beklagen, als vielmehr ihr Mangel an Koordination: Dulles wird in Fragen der Abrüstung zu meist ganz anders sprechen als Eisenhowers „Abrüstungsbevollmächtigter“ Stassen; eine amtliche Stimme aus Washington wird in kräftigen Worten den Posener Aufstand begrüßen, während andere Stimmen aus dem gleichen Washington sich ängstlich in Schweigen hüllen, um nicht „neue Spannungen“ heraufzubeschwören; ein Mitglied der Regierung wird Tito versichern, daß er weiterhin sich amerikanischer Gunst erfreue, und ein anderes Mitglied der gleichen Regierung wird gleichzeitig das Gegenteil erklären. Natürlich kommen diese Dinge daher, daß der Präsident durch seine häufigen Krankheiten in den letzten Monaten nicht imstande war, die Zügel straff in Händen zu halten.

Kommt es zu konkreten Einzelheiten, dann macht sich die mangelnde Führung an der Spitze besonders peinlich bemerkbar. Vor allem etwa in den Nachfragen. Man erinnert sich noch des Durcheinanders in der Frage der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, Ägypten und Israel. Und man erinnert sich noch des ausweichenden Zögerns, das Washington gegenüber dem Algerienkonflikt der Franzosen bekundet. Insofern haben die Kritiker, die den Verlust der amerikanischen Führungsrolle feststellen, gewiß recht. Aber man darf annehmen, daß mindestens für die Bedürfnisse des Wahlkampfes die optimistischere Einstellung der Regierung den Wählern mehr einleuchten wird als die grimmigen Warnungen und Kassandrarufer der Kritiker und Oppositionellen.



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Aufrüstung — Symptom der Furcht

### Adenauer erwidert Bulganin

Bonn (DPA). Die Wiedervereinigung Deutschlands soll nicht in einer Weise herbeigeführt werden, die die Sicherheit irgendeines Staates, also auch der Sowjetunion, vermindert. Diese Versicherung gab Bundeskanzler Adenauer in seinem Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin.

Adenauer weist darin auf die Notwendigkeit einer Abrüstung hin, die indessen nur dauerhaft sein könne, wenn man an die Wurzeln des Problems herangehe. Denn das militärische Rüsten sei nur das Symptom der Furcht und des Mißtrauens in der Welt.

Von einer Abrüstung kann man nach Ansicht Adenauers nur sprechen, „wenn es sich um mehr handelt als um eine bloße Verschiebung des militärischen Potentials auf andere Arten der Bewaffnung“. Nur eine internationale Abrüstungsvereinbarung biete diese Gewähr.

In dem Antwortschreiben wird bedauert, daß der damalige sowjetische Außenminister auf der Genfer Außenministerkonferenz nicht bereit gewesen ist, über

## Deutschland-Erklärung Edens

### NATO-Beitritt nicht Bedingung für Sicherheitspakt

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Eden hat sich im Unterhaus erneut für eine Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen ausgesprochen, den Beitritt eines wiedervereinigten Deutschlands zur NATO jedoch nicht zur Bedingung für den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes gemacht. Er befürwortete ferner eine Begrenzung der Kontrolle der Atombombenversuche sowie Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine „Begrenzung der Streitkräfte in bestimmten Gebieten“.

Diese Abrüstung müsse schrittweise vor sich gehen und mit Fortschritten bei der Wiedervereinigung Deutschlands verbunden sein. Eden sprach zu Beginn einer zweitägigen außenpolitischen Unterhausdebatte. Kurz zuvor hatte der deutsche Botschafter in London, von Herwarth, die britische Regierung offiziell über die Auffassung der Bundesregierung zu grundsätzlichen Fragen der Verteidigungsplanung unterrichtet, die auf einer Sonderkonferenz in Bonn ausgearbeitet worden war.

Eingehend befaßte sich Eden mit der Deutschlandfrage. Er wandte sich zunächst gegen eine Äußerung des sowjetischen Parteichefs Chruschtschow, der erklärt hatte, die Westmächte wollten Deutschland „auf der Basis der Bonner Verfassung — also auf rein kapitalistischer Basis“ wiedervereinigen. Eden sagte hierzu: „Die Westmächte haben nur gefordert, daß es dem ganzen deutschen Volk erlaubt sein soll, durch freie Wahlen selbst über seine Zukunft zu entscheiden.“

Der Premierminister stellte ferner klar, daß der Westen den Beitritt des wiedervereinigten Deutschlands zur NATO nicht zur Bedingung für den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes mache. Der Westen verlange lediglich freie Wahlen und Entscheidungsfreiheit für eine gesamtdeutsche Regierung.

Diplomatische Kreise Londons nannten diese Bemerkungen später eine begrüßenswerte Klärung der Bedingungen des Westens für eine Wiedervereinigung und den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes. Damit dürften die während der Genfer Konferenz aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten für die Auslegung des gekoppelten Plans für die europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung beigelegt sein.

die Vorschläge der Westmächte zu einem System der europäischen Sicherheit zu verhandeln. In diesem Zusammenhang gehöre auch die von Bulganin angeschnittene Frage des Abzugs der ausländischen Streitkräfte aus Deutschland, die nicht isoliert behandelt und nicht von dem Gesamtproblem der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands getrennt werden könne.

Bulganin hatte Anfang Juni insgesamt sieben NATO-Staaten, darunter die Westmächte und die Bundesrepublik, zu einer Initiative in der Abrüstung aufgefordert.

## Berliner Kinder wollen fliegen

### Sie befürchten Beschlagnahme ihrer Geschenkpakete

Madrid (AP). Eine Gruppe von 21 Berliner Waisenkindern, die sich zur Zeit als Gäste der deutschen Kolonie in Madrid aufhalten, haben den Chef der US-Militärmission in Spanien, Generalmajor Kissner, gebeten, sie in einem amerikanischen Militärflugzeug von Frankfurt am

Main nach Berlin fliegen zu lassen. Der Leiter der Gruppe, Günther Rahn, erklärte, die Jungen fürchteten, daß bei einer Eisenbahnfahrt durch die Sowjetzone ihre Geschenkpakete beschlagnahmt würden. Sie selbst hätten jedoch nicht mehr genügend Geld, einen Flug nach Berlin selbst zu finanzieren.



## Das Ergebnis der Volksbegehren

### Die Meinung der Bevölkerung zu den Neugliederungsplänen

Bonn (DPA). Der Bundesinnenminister hat im Bundesanzeiger die endgültigen Ergebnisse der Eintragungen zu den Volksbegehren für die Neugliederung des Bundesgebietes verkündet. Damit hat in fünf Fällen ein Volksbegehren die erforderliche Zustimmung der wahlberechtigten Bevölkerung erhalten und ist in folgenden Gebieten zustandegekommen:

1. Für Angliederung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier an Nordrhein-Westfalen. Hierfür stimmten 14,2 Prozent der zum Landtag wahlberechtigten Bevölkerung.

2. Für die Angliederung des Regierungsbezirks Montabaur an Hessen. Hierfür sprachen sich 25,5 Prozent der Wahlberechtigten aus.

3. Für die Angliederung des Regierungsbezirks Rheinhessen an Hessen mit einer Zustimmung von 20,2 Prozent der Wahlberechtigten.

4. Für die Wiederherstellung des früheren Landes Oldenburg als selbständiges Bundesland. Dieses Volksbegehren hat die Zustimmung von 12,9 Prozent der Wahlberechtigten erhalten.

5. Für die Wiederherstellung des früheren Landes Schaumburg-Lippe als selbständiges Bundesland mit 15,3 Prozent Zustimmung der Wahlberechtigten.

Nicht zustandegekommen sind die Volksbegehren auf Angliederung der Pfalz an Bayern und auf Angliederung der Pfalz an

Baden-Württemberg. Für den Anschluß an Bayern sprachen sich nur 7,6 Prozent, für den Anschluß an Baden-Württemberg nur 9,3 Prozent der Wahlberechtigten aus.

## Hassel antwortet

### Kuratorium

Bonn (AP). Bundesratspräsident von Hassel hat dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ mitgeteilt, daß künftig mehr als bisher und in kürzeren Abständen Plenarsitzungen des Bundesrats in Berlin stattfinden werden. Hassel beantwortet damit einen Vorschlag des Kuratoriums, die Plenarsitzungen des Bundesrates künftig überhaupt nach Berlin zu verlegen.

## 2,14 Millionen Schicksale ungeklärt

### Rotes Kreuz setzt Suchdienst fort

Bonn (DPA). Elf Jahre nach Kriegsende ist — nach Mitteilung des DRK — das Schicksal von 2 136 700 Deutschen, die einst als Wehrmachtsvermißte, verschollene Kriegsgefangene, verschleppte Zivilpersonen oder verschollene Zivilgefangene registriert worden waren, noch immer nicht aufgeklärt. Ihre Namen füllen die Karteiblätter der Suchdienstorganisation des Deutschen Roten Kreuzes.

Das DRK will die Suchdienstarbeit fortsetzen, solange noch Aussicht besteht, daß der Gesuchte lebt, daß das Grab eines

Gefallenen ermittelt werden kann oder aber bis weitere Nachforschungen aussichtslos sind. Auf Grund des Sachverhaltes wird es allerdings auch nach Ansicht des DRK als Regel angesehen werden müssen, daß die Mehrzahl der Gesuchten nicht mehr lebt.

## Über 50 000 zum Kirchentag

Frankfurt/M. (AP/DPA). Auf dem evangelischen Kirchentag, der vom 8. bis 12. August in Frankfurt/Main stattfindet, werden über 50 000 Besucher erwartet. 15 000 Teilnehmer kommen aus der sowjetischen Besatzungszone. Als Vertreter ausländischer Kirchen haben sich 1600 Besucher angemeldet, u. a. aus den USA, Afrika, Ceylon und aus den Ostblockstaaten.

Bundespräsident Heuss wird am Eröffnungstag in Frankfurt anwesend sein. Bundestagspräsident Gerstenmaier wird an allen Veranstaltungen des Kirchentages teilnehmen. Für die Bewältigung des Stadtverkehrs stellt die Stadt Köln 20 Omnibusse den Frankfurter Verkehrsbetrieben zur Verfügung, während Frankfurt der Stadt Köln für den Katholikentag in gleicher Weise aushelfen wird.

## Tibetaner vertreiben Chinesen

### Kämpfe gehen unverändert weiter

Kalimpong (AP). Die Kämpfe zwischen tibetanischen Aufständischen und den rotchinesischen Besatzungstreitkräften gehen nach Berichten von Reisenden unverändert weiter. Nach ihren Angaben ist es der tibetanischen Freiheitsbewegung Mimang gelungen, weite Gebiete des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Chinesen sollen sich nach heftigen Kämpfen aus mehreren Gebieten Tibets zurückgezogen haben. Wie die Reisenden weiter berichteten, sind jedoch in der tibetanischen

Hauptstadt Lhasa Truppenverstärkungen der Chinesen eingetroffen, die mit modernsten Waffen sowjetischer Herstellung ausgerüstet seien.

## Lufthansa wieder nach Südamerika

Frankfurt (DPA). Nach einer Zwangspause von 17 Jahren wird die westdeutsche Lufthansa wieder nach Südamerika fliegen. Am 15. August startet von Hamburg eine Maschine nach Rio de Janeiro, Sao Paulo und Buenos Aires.



So sind sie wirklich:

## „Entweder Butter oder Kanonen!“

Eine maßgebliche Mitverantwortung für die der SED gewährte Sowjethilfe wird ein Mann tragen, der heute als Leiter einer Regierungskommission für Industrie und Verkehr das höchste Vertrauen Ulbrichts genießt: Fritz Selbmann. Ulbricht selbst hat diesen Mann an die Spitze gehoben, seit sich sein Politbüro-Kollege Heinrich Rau immer offenkundiger auf die Seite der gegen Ulbricht opponierenden Altkommunisten gestellt hat. Somit verdankt Selbmann seine Machtposition in erster Linie dem Bestreben Ulbrichts, keinem der übrigen Politbüro-Mitglieder zuviel Einfluß im Staatsapparat einzuräumen.

### Rau kontra Selbmann

Man muß das vorausschicken, wenn man den Aufstieg Selbmanns verstehen will. Der mit den Fünfjahrplänen verwachsene Heinrich Rau, dessen Pionierarbeit diese Pläne überhaupt erst ermöglichte, ist ein unerbittlicher Gegner Selbmanns, weil er dessen Bestreben kennt, für irgendein Schwerindustrie-projekt alles auf eine Karte zu setzen und mitunter weit wichtigere Dinge zu gefährden. Wenn Selbmann sich trotzdem gegen Rau durchzusetzen vermochte, dann nur, weil Ulbricht in ihm einen absolut willigen Mitarbeiter sieht, der die umstrittenen Pläne des 1. SED-Sekretärs kritiklos in die Praxis umzusetzen pflegt.

Selbmann wurde im September 1899 in Lauterbach/Hessen als Sohn eines Kupferschmiedes geboren. Als Bergmann trat er 1916 den Gewerkschaften bei, um bei Ende des ersten Weltkrieges vom Soldatenrat zur Liebknechtschen USPD überzugehen. Seit 1921, nunmehr 35 Jahre, gehört Selbmann der Kommunistischen Partei an. Thälmann gab ihm die KP-Betriebszelle der damals für die Kommunisten wichtigen Robert-Bosch-Werke in Stuttgart. Ein von ihm dort inszenierter „wilder“ Streik brachte ihn zehn

### FRITZ SELBMAN



Monate ins Gefängnis. Nach seiner Entlassung zog Selbmann 1925 die desorganisierten Gruppen des „Rotfrontkämpferbundes“ im Ruhrgebiet auf, wurde dort Sekretär der KP-Bezirksleitung und übernahm dann nacheinander die KP-Bezirke Oberschlesien und Sachsen. Aus jener Zeit rührt seine Verbindung zu Ulbricht her, auf dessen Vorschlag er in den Preussischen Landtag und später in den Reichstag entsandt wurde.

### Qualifikation: „Antifa“

Im April 1933 verhaftet, wurde Selbmann 1935 wegen Hochverrats zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Gestapo hielt ihn in verschiedenen Zuchthäusern und zuletzt im KZ Flossenbürg inhaftiert. Diese Zeit prädestinierte ihn für seine Laufbahn nach 1945, schuf ihm aber auch das innerparteiliche Gegengewicht gegen Rau, der gerade durch seine antifaschistischen Traditionen unter den Altkommunisten hohes Ansehen genießt.

Selbmanns Start war die Stellung eines Präsidenten des Landesamtes Sachsen. Im November 1945 wurde er Vizepräsident der Provinzialverwaltung Sachsen für Arbeit und Wirtschaft und ein knappes Jahr später Minister mit glei-

chem Aufgabenbereich in der sächsischen Landesregierung. Als Stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Industrie der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) war sein Weg vorgezeichnet: Selbmann wurde nach Rau oberster Wirtschaftsführer der SED.

Als die Pankower Regierung gebildet wurde, ernannte ihn Grotewohl 1949 zum Minister für Industrie. Bei der Regierungsneubildung im November 1950 übertrug ihm Ulbricht speziell die Schwerindustrie, um 1951 den Posten eines Ministers für Hüttenwesen und Erzbergbau zu übernehmen.

### Skrupel mit Selbstkritik gelöscht

Selbmann gehört zu jenen Zonenfunktionären, die heute auf Grund ihrer Erfahrungen genau die Unsinnigkeit der „sozialistischen“ Experimente Ulbrichts zu erkennen vermögen. Aber er hat nur einmal wider den Stachel gelockt. 1952, als Ulbrichts Pläne die Zonenindustrie an den Rand des Ruins zu bringen drohten. Damals mußte sich Selbmann in harter und öffentlicher Selbstkritik revidieren. Diese Selbstkritik hat bei ihm alle Skrupel gelöscht. „Entweder Butter oder Kanonen!“ ist seine Devise. Gibt man ihm die Möglichkeit, die Zivilversorgung zu organisieren, könnte er einer der populärsten und fähigsten Minister werden. Qualifizierte ihn 1945 nur die „Antifa“, so weiß er heute doch sehr genau, wie es um die Zonenwirtschaft steht. Seine Charakterschwäche ist es, die ihn wider seine Überzeugung zum Vollstrecker der Ulbrichtschen Pläne macht. Selbmann ist maßlos eitel, sein Äußeres entspricht dem eines kommunistischen „Elegants“. Skandalaffären ranken sich um ihn wie Angriffe aus den eigenen Reihen der Partei. Aber keiner hat es bisher verstanden, die Schwerindustrie so kompromißlos vor die Bedürfnisse der Bevölkerung zu stellen wie er. Die Sowjetkredite werden sich in seinen Händen gewiß zweckentsprechend verwandeln...



## GST und spanischer Bürgerkrieg

Staimers „Frontenerfahrungen“ werden verbreitet

Der 20. Jahrestag des Beginns des spanischen Bürgerkrieges war der SED in diesen Tagen ein willkommenes Anlaß, um aus den Ereignissen jenes unseligen Krieges noch für die Gegenwart politisches Kapital zu schlagen. Mit keinem Wort gingen die SED-Kommentare auf die Tatsache ein, daß damals gerade die Machtkämpfe der Kommunisten in den Reihen der Internationalen Brigaden Franco zum Siege verhalfen. Und daß man beispielsweise zu einer Zeit, als die spanischen Republikaner verzweifelt Madrid zu verteidigen suchten, von seiten der kommunistischen Emigranten statt gegen Franco lieber gegen die im eigenen Lager kämpfenden spanischen Trotzkisten und Unabhängigen zu Felde zog.

Die Männer, die damals an der rotspanischen Front Parteifeinde im Auftrage Moskaus „liquidierten“, genießen heute in der SED höchstes Ansehen. Einer von ihnen, Richard Staimer — in Spanien als „General Richard Hoffmann“ bekannt —, leitet heute die „Gesellschaft für Sport und Technik“, die sowjetzonale Wehrrertigungsorganisation.

### „Club der Rotspanier“

Der GST-Zentralvorstand wird parteiintern oft der „Club der Rotspanier“ genannt. Staimer ist bemüht, möglichst viele alte Kameraden aus den Inter-Brigaden hier um sich zu scharen. Die GST selbst wird in rotspanischen Traditionen erzogen. Ihre Gruppen geben sich Namen aus dem Bürgerkrieg, man bevorzugt die Kampflieder der damaligen Zeit, und Staimer selbst verlangt, daß die „Frontenerfahrungen von Madrid und den Ebro-Kämpfen“ bei den GST-Rekruten Allgemeingut werden. In der GST wird dies so ausgelegt, daß die Organisation im Ernstfalle die Rolle einer Miliz und im weiteren Sinn die Funktion eines Partisanenkampfes zu übernehmen hat. Das Ausbildungsniveau der GST entspricht gegenwärtig dem einer normalen Armee nach Beendigung der Rekrutenzeit. Jeder GST-Angehörige ist in der Lage, im Rahmen eines militärischen Verbandes die herkömmlichen Infanteriewaffen zu bedienen. Wie unter diesen Umständen der Appell an spanische Bürgerkriegs-Traditionen aufgefaßt werden muß, läßt sich leicht verstehen.

Staimer aber ist viel zu sehr „militär“, als daß er sich allein

mit diesem Erfolg begnügen würde. Auf den kürzlichen GST-Konferenzen wurde festgelegt, daß die Zahl der jetzt demobilisierten Armee-Angehörigen wie auch in Zukunft alle aus den Kasernen entlassenen Reservisten von der GST übernommen werden müssen. Bisher hatte man sich ziemlich erfolglos bemüht, die Dienstentlassenen für Funktionen in der GST zu gewinnen. Jetzt werden die Demobilisierten bereits in der Kaserne für derartige Aufgaben verpflichtet. Man will der GST noch in diesem Jahr rund 50 000 gediente Soldaten zuführen, die sich hier zusammen mit FDJ-Angehörigen zu regelmäßigen Übungen einfinden. Da die „Na-

tionalarmee“ nach Art des „Krümpersystems“ ständig neue Mannschaften einberuft und entläßt, ohne auf einen aktiven Stamm allzugroßen Wert zu legen, ist das Heer der Reservisten natürlich ein beachtlicher Faktor geworden. Es im Rahmen der GST neu zu organisieren und noch dazu im Geiste rotspanischer Interbrigaden zu schulen, bedeutet nichts anderes, als eine stille Armee von rund 200 000 infanteristisch und als Spezialtruppe ausgebildeten Leuten zu unterhalten.

### Keine Sympathiekundgebung

Die „Rotspanien-Gedennkundgebungen“ der SED aber bedeuten keine Sympathiekundgebungen für das spanische Volk. Die spanischen Republikaner, die seinerzeit gegen Franco kämpften, nahmen gutgläubig die Unterstützung der kommunistischen Interbrigaden an, waren aber gewiß nicht gewillt, eine spanische Sowjetrepublik zu errichten. Viele spanische Volksführer wurden darum nicht von Franco, sondern von Leuten wie Staimer, Zeisser und anderen SED-„Spanienkämpfern“ umgebracht. In solcher Tradition erzogen zu werden, gereicht den GST-Rekruten nur schwerlich zur Ehre.

## Ungarns KP-Leitung wird unsicher

Man spricht von „Demokratisierung“

Wien (AP/DPA). Das umgebildete Zentralkomitee der ungarischen KP hat der Bevölkerung in einem Kommuniké eine weitgehende „Demokratisierung“, einen „weicheren“ Kurs in der Innenpolitik und eine 25prozentige Erhöhung des Lebensstandards bis 1960 versprochen.

Ferner gab das Zentralkomitee die Rehabilitierung von neun weiteren Opfern früherer Säuberungsaktionen bekannt. Unter ihnen befindet sich der frühere sozialdemokratische Parteiführer und Staatspräsident Szakasits. Damit erhöht sich die Zahl der Rehabilitierten auf 474.

Das Kommuniké faßt das Ergebnis der ZK-Sitzung zusammen, die als bedeutendstes Ereignis die Ablösung des ersten Parteisekretärs Rakosi durch

Ernö Gerö und den Parteausschluß des früheren Verteidigungsministers General Farkas gebracht hat.

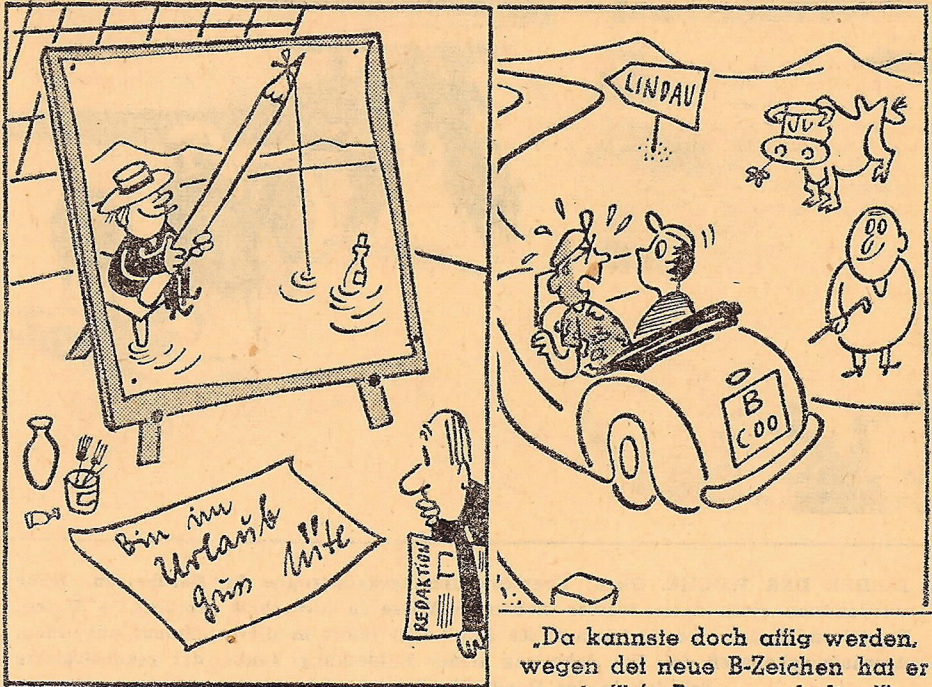
Die Beschlüsse des ZK zeigen nach Ansicht politischer Beobachter in Wien, daß in den Reihen der ungarischen KP-Führer zur Zeit eine deutliche Unsicherheit herrscht.

## Adenauer auf Bühler Höhe

Bühler Höhe (AP). Bundeskanzler Dr. Adenauer befindet sich seit Sonntag in seinem Urlaubsort Bühler Höhe bei Baden-Baden. Der Kanzler ist von seinem Sohn Paul Adenauer und seiner Tochter Liebeth Werhahn begleitet. Der Urlaub dauert voraussichtlich sechs Wochen.



# Wife in Urlaub



## Pankows „friedliche Koexistenz“

Lübeck (DPA). Mit Maschinenpistolen schossen zwei Volkspolizisten auf einen Mann, der die Zonengrenze bei Lübeck in der Poetenitzer Wiek schwimmend überqueren wollte. Der Mann wurde getroffen, sank und wurde später von einem Volkspolizisten ans Ufer geholt. Augenzeugen auf der Westseite der Zonengrenze konnten nicht feststellen, ob der Flüchtling tödlich getroffen oder nur leichter verletzt war. Er wurde von den Vopos weggetragen.

### Keine SED-Kundgebung

Berlin (Eigenmeldung). Der Tempelhofer Bezirksbürgermeister Schmitz hat der SED-Kreisleitung Tempelhof mitgeteilt, daß er eine SED-Kundgebung in seinem Bezirk nicht genehmigen kann. Seine Bedingung, es müsse zuvor eine

Kundgebung in Ostberlin erfolgen, sei nicht erfüllt worden.

Die SED-Kreisleitung hatte lediglich dem Bezirksbürgermeister vorgeschlagen, sich „für die nicht den Bezirk Tempelhof betreffenden Fragen“ an die dafür zuständigen Organe und Organisationen zu wenden.

### Präses Mager 50 Jahre

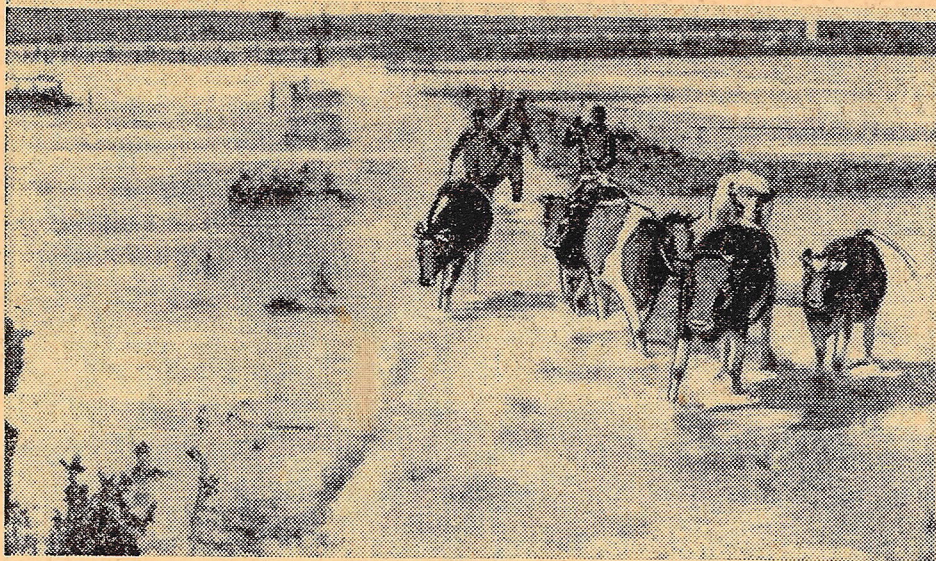
Bethel (epd). Reimer Mager, Synodalpräsident der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, beging am 22. Juli seinen 50. Geburtstag. Durch seine vielfache Tätigkeit in leitenden kirchlichen Organen ist Präsident Mager in ganz Deutschland bekannt geworden. Der gebürtige Kölner hat in Bocholt das Weberhandwerk erlernt und sich schon früh der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Druck: W. Büxenstein, GmbH.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Überschwemmungskatastrophe in Nordhessen. Kühe werden von einer unter Wasser stehenden Wiese in Sicherheit gebracht. — Unten: Der Neandertaler Mensch (etwa 52 000 Jahre alt) feiert in diesem Monat auf einem Archäologenkongreß den 100. Jahrestag seiner Entdeckung. Links: der rekonstruierte Schädel, in der Hand: die Originalschädeldecke.

